

KURT BECK

## Ansprache

Sehr geehrter Herr Dr. *Theisen*, verehrte Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag und dem rheinland-pfälzischen Landtag, Herr Fraktionsvorsitzender Dr. *Schäuble*, Herr Landtagspräsident *Grimm*, meine sehr geehrten Damen und Herren der Gerichtsbarkeit, an ihrer Spitze die Damen und Herren des Bundesverfassungsgerichts und der Verfassungsgerichte der Länder, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist mir eine große Freude, sicher gemeinsam mit allen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern, die an dieser Tagung teilnehmen, mit Herrn Justizminister *Caesar*, mit meinem Vorgänger im Amt, Herrn Kollegen Dr. *Wagner*, Sie alle willkommen zu heißen und diese gute Tradition fortgesetzt zu sehen. Die 34. BITBURGER GESPRÄCHE, das ist wirklich ein Stück Rechtspolitik, das ist ein Stück Rechtskultur. Und wir freuen uns natürlich, Herr Dr. *Theisen*, daß dies in Rheinland-Pfalz und hier in dieser Region um Bitburg stattfindet. Denn dies ist eine Region, die sich als europäische Kernregion versteht, auch wenn manchem und mancher von Ihnen der Weg hierher weit vorgekommen sein mag. Der Weg nach Europa ist ja auch weit und manchmal auch steinig, also insoweit mag es ein Stück Symbol sein. Wenn ich sage, daß sich diese Region als Kernregion Europas fühlt, dann gilt dies natürlich auch für das Bundesland, in dem Sie hier tagen. Wir fühlen uns nicht nur so und sind nicht nur Teil der föderal organisierten Bundesrepublik Deutschland, sondern auch eine Region im Reigen der Europäischen Regionen, und ich glaube, daß wir gerade als Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer besondere Verantwortung für den europäischen Integrationsprozeß haben: Uns benachbart sind fünf Regionen, mit denen wir besondere Zusammenarbeit suchen und pflegen und damit das Fundament der europäischen Zusammenarbeit, das Fundament des europäischen Hauses, um dieses Bild aufzugreifen, verbreitern und festigen helfen. Darüber hinaus ist es die Rolle der Bundesländer, natürlich eingebettet in die Zuständigkeit des Bundes für europäische und für Außenpolitik, mit anderen europäischen Regionen besondere Beziehungen zu pflegen, und ich bin froh, daß dies nicht nur im Bereich der Europäischen Union, im klassischen, abgegrenzten Bereich der Fall ist, sondern auch darüber hinaus, beispielsweise zur Woiwodschaft Opolen in Polen. Ich meine, daß wir solche Zusammenarbeit brauchen, um das, was auch von Ihnen gepflegt und vorgebracht wird, auch unsererseits als Bundesländer zu unterstützen und zu unterstreichen. Natürlich ist es so, daß dieses Land Rheinland-Pfalz auch über die europäischen Grenzen hinweg Verantwortung empfindet, beispielsweise transatlantische Verantwortung, denn in keinem

Land der Bundesrepublik Deutschland waren in den vergangenen Jahrzehnten so viele amerikanische Bürger stationiert und sind es noch, wie in Rheinland-Pfalz. Nachdem diese Stationierungsdichte abnimmt, ist es notwendig, daß wir im zivilen Bereich, im wirtschaftlichen, im kulturellen Bereich, im gesellschaftlichen und Verwaltungsbereich Brücken neuer Art schlagen über den Atlantik hinweg. Deshalb haben wir im abgelaufenen Jahr mit dem amerikanischen Staat South Carolina eine Partnerschaft abgeschlossen, um an die militärischen Verbindungen auch zivile und private Bindungen mit anknüpfen zu helfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Rheinland-Pfalz, ein Land mit gut vier Millionen Einwohnern, hat einen Strukturwandel in den Jahren auch dieser langjährigen BITBURGER GESPRÄCHE durchgemacht, der sicher bemerkenswert ist und der etwas mit dem Thema des heutigen Tages zu tun hat, nämlich mit der sozialen und mit der Arbeitsmarktsituation der Menschen, die hier leben. Wir waren sicher nach dem Krieg ein ausgeprägtes Agrarland. Wir sind es noch und wir wollen es bleiben, was die kulturellen Traditionen im ländlichen Raum angeht, was die wirtschaftliche Bedeutung angeht, was die landschaftsprägende und die ökologische Bedeutung von Landwirtschaft und Weinbau angeht. Aber zwischenzeitlich ist Rheinland-Pfalz ein Industrieland geworden, das im übrigen eine Exportquote von annähernd 42 Prozent aufweist, also auch aus diesem Blickwinkel heraus sehr daran interessiert ist, daß die europäische und internationale Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland weiter positiv verläuft. Rheinland-Pfalz ist ein Land, dem sehr daran gelegen ist, daß wir in den nächsten Monaten und Jahren zu einer gemeinsamen europäischen Währungsordnung finden, um diese Zusammenarbeit auf noch sicherere Füße zu stellen, als sie ohnehin schon steht.

Ich möchte Ihnen aber auch anläßlich dieses begrüßenden Wortes noch einmal in Erinnerung rufen, daß die Gott sei Dank eingetretene großartige Entwicklung zur deutschen Einheit, zur Öffnung der Welt, zum Zusammenbruch des Warschauer Paktes für unser Land auch bedeutet, daß die starke Ausprägung, die von militärischer Stationierung ausgegangen ist, sich Zug um Zug verändert. Wir haben etwa 70 000 Soldaten weniger in Rheinland-Pfalz stationiert als noch vor 7 oder 8 Jahren, und rund 25 000 Zivilbeschäftigte haben ihren Arbeitsplatz nicht mehr, brauchen also neue Perspektiven. Wenn dies so ist, dann müssen wir uns natürlich in die Gesamtherausforderung in besonderer Weise eingebunden fühlen, die wir in Deutschland zu bestehen haben.

Ich meine, es ist unsere Aufgabe, in dieser Zeit zu beweisen, daß es unserer Generation gelingt, aus einer friedlichen Entwicklung heraus die Zukunft zu gestalten und die Herausforderungen einer neuen, veränderten, anders gearteten Aufbauleistung zu bewältigen. Unseren Eltern, unseren Großeltern ist dies gelungen. Sie mußten allerdings aus schrecklichen Erfahrungen von Kriegen und Zerstörungen heraus immer wieder aufbauen und Stein auf Stein setzen. Für uns ist es eigentlich leichter, von den Grundvorgaben her, unserer Herausforderung gerecht zu werden. Dennoch scheint es, wenn wir die aktuellen Entwicklungen betrachten, ein ganzes Stück schwerer zu sein, aus einer guten Situation heraus dieses zu bewältigen. Deshalb kommt es darauf an, daß

wir uns wieder auf einige Grundüberzeugungen in dieser Gesellschaft einigen können, zumindest sie ins Bewußtsein rufen, wenn Einigung darüber noch bestehen sollte.

Eines ist für mich, daß wir den Menschen deutlich machen müssen, auch in dieser Zeit, auch in einem Jahr, in dem auf Bundesebene Wahlen anstehen, daß die alten Gleichungen, die wir in unseren Köpfen sich haben einnisten lassen, so einfach nicht mehr bestehen bleiben können, wonach jede neue Herausforderung in unserer Gesellschaft nur mit mehr Geld und materiellen Ressourcen zu beantworten ist. Diese Gleichung ist meiner Überzeugung nach zur Ungleichung geworden und fordert insoweit in vielen Bereichen zum Umdenken und zur Bereitschaft auf, die eigenen Positionen zumindest in Frage zu stellen. Es kann ja dann immer noch sein, daß man sie bestätigt findet, nachdem man sie in Frage gestellt hat. Aber alles als sakrosankt zu erklären, was man bisher gedacht und wie man es bisher eingeordnet hat, das kann es sicher nicht sein.

Ein zweiter Punkt ist für mich, daß wir unseren sozialen Standard sicher hochhalten wollen, daß wir aber die Bereitschaft haben müssen, zu fragen, wie dies denn zu gewährleisten ist. Dabei plädiere ich sehr dafür, das, was aufgrund der sozialen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland möglich war, auch von seinen Chancen und von seinen Erfolgen her zu bewerten und nicht nur die kritische Diskussion zu führen, die auch geführt werden muß. Beides muß nebeneinander stehen. Der Wert der sozialen Stabilität, für die Stabilität des Gemeinwesens insgesamt, auch für die Stabilität unseres demokratischen Systems, darf bei einer solchen Betrachtung nicht unter die Räder kommen. Und wenn wir jüngste Entwicklungen in anderen europäischen Nachbarländern, beispielsweise in Frankreich, betrachten, dann wissen wir, daß wir jungen Menschen gegenüber, was die Entwicklung und Perspektiven eines wohlverstandenen sozialen Gemeinwesens angeht, Verantwortung schulden. Denn wenn erst einmal die Nationalgarde gerufen werden muß, wie wir dies in mancher französischen Stadt erlebt haben, gerade wieder in jüngster Zeit, dann ist zwar offenkundig geworden, daß etwas versäumt worden ist, aber dann ist eigentlich der Zeitpunkt zum Handeln schon längst überschritten. Insoweit geht es also auch in diesen Fragen um die Bereitschaft, sich auseinanderzusetzen mit dem Erreichten, es zu würdigen und zu werten, sicher manches Element der persönlichen Eigenverantwortung den bisherigen Systemen hinzuzufügen, aber darüber hinaus auch den Wert von solidarischen Systemen, von gemeinsam getragenen und abfedernden Systemen nicht zu gering einzuschätzen.

In diese Gesamtbetrachtung möchte ich auch das Thema mit eingebunden sehen, das Sie sich für diese 34. BITBURGER GESPRÄCHE vorgenommen haben: Wie soll sich die Tariflandschaft, wie soll sich die arbeitsrechtliche Landschaft in einer solchen Zeit des Ringens um jede investierte Mark, des Ringens um jeden Arbeitsplatz einordnen, wie muß sie verändert werden, was muß bewahrt werden oder wo müssen Herausforderungen aufgegriffen und in neue Gestaltung überführt werden. Dabei scheint es mir so zu sein, daß allzu forsche Worte, wie man sie in den letzten Tagen wiederum vernommen hat, nicht unbedingt geeignet sind, um die Diskussion voranzuführen. Ich bin genauso fest davon überzeugt, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht von

Hofnarren regiert wird – wie es jüngst formuliert wurde – wie ich davon überzeugt bin, daß wir, wenn wir in Verantwortung stehen, „nicht einfach ‘mal locker“ darüber reden können, daß vertragliche Bindungen oder Rechtsverpflichtungen nicht eingehalten werden müßten. Wer so argumentiert, der spielt mit dem Feuer, und zwar nicht nur in dem Feld, um das es hier geht, sondern generell. Das sind schon Wurzeln unseres Zusammenlebens und unserer gemeinsamen Ordnung, an denen gerüttelt wird. Wir tun gut daran – und an dem Beispiel des Flächentarifvertrages will ich dies mit einem Wort aufnehmen –, wenn wir deutlich sehen: Ja, es bedarf einer Flexibilisierung hinsichtlich solcher Systeme, aber es muß auch gefragt werden dürfen, ob es denn dort besser funktioniert, in anderen Industrienationen, in denen man solche Regelungen nicht kennt. Ich vermag nicht zu sehen, daß bei unseren Nachbarn in Frankreich – ich wähle auch dort dieses Beispiel, weil man ja gleichwertige Partner betrachten sollte – die Situation der unseren überlegen ist. Ich kann auch nicht erkennen, bei allem Respekt und bei aller Anerkennung dessen, was in Frankreich erreicht worden ist, daß die französische Wirtschaft auf die internationale Herausforderung besser vorbereitet ist als die deutsche. Wenn man dann die Frage stellt, wie sieht es denn mit den Arbeitsschutzregelungen aus, mit den die Wirtschaft sicher auch einschränkenden Normen des Arbeitsrechts, dann würde ich auch dort ohne Zweifel eingestehen, daß wir zwischenzeitlich in vielen Bereichen in Erstarrungen hineingekommen sind und daß gutgemeinte und dem Grunde nach richtige Regelungen sich so verselbständigt haben, daß der Zweck dahinter kaum noch gesehen werden kann. Solche Regelungen gibt es auch im Arbeitsrecht, ganz ohne Frage, und sie müssen aus meiner Sicht überprüft und korrigiert werden.

Aber es ist umgekehrt auch so, daß wir manche Diskussion erlebt und erst, nachdem sie geführt war, begriffen haben, welche Dimension dahintersteckt. Ich will ein Beispiel herausgreifen, nämlich die Diskussion um die Veränderung des Rechtes auf den Schutz von Sonn- und Feiertagen. Ich bin überzeugt, daß die Diskussion um die Abschaffung des Buß- und Bettages als gesetzlicher Feiertag diese Diskussion in Deutschland in eine völlig neue Dimension hineingebracht hat. Wir haben wieder gelernt – ich zähle mich dazu, zu spät gelernt zu haben –, daß der Schutz von Sonn- und Feiertagen für unsere Gesellschaft, für ihre christliche Ausprägung, für die familiäre Situation, für das gesellschaftliche Leben insgesamt von ungeheurer Bedeutung ist. Wir müssen sehr sorgfältig schauen, bei aller Notwendigkeit, über Ladenschlußzeiten und ähnliches zu reden, daß wir am Ende nicht gesellschaftliche Prozesse auslösen, die weit über die Eindimensionalität der einzelnen Regelung hinausgehen. Solche Dinge müssen wir im Zusammenhang betrachten, damit wir nicht am Ende vor unseren eigenen Bemühungen erschrecken. Ich bin froh darüber, daß es in Deutschland keine vernünftige politische oder gesellschaftliche Kraft gibt, die Schrankenfreiheit in diesem Bereich fordert. Denn dort, wo weitestgehende Schrankenfreiheit ist, ich denke an die Tigerstaaten im pazifischen Raum, scheint ja auch nicht alles Gold zu sein, was glänzt. Manche, die im Vertrauen auf die Möglichkeiten einer weitgehenden Schrankenlosigkeit ihr Geld dort investiert haben, werden das heute nicht mehr unbedingt mit genau der gleichen Freude betrachten. Also ich denke, wir sollten den Mut haben, auch in

diesen Bereichen, im tariflichen und im arbeitsrechtlichen Bereich, das Notwendige zu tun. Wir sollten keinen dieser Bereiche wie eine Monstranz vor uns her tragen und ihn als sakrosankt erklären. Es muß nachgedacht, es muß geprüft, es muß neu gestaltet, es muß modifiziert werden können. Wir sollten uns aber auch bewußt sein, daß mit solchen Regelungen etwas verbunden ist, was auch mit Kultur, mit der Kultur der Bundesrepublik Deutschland in den fünfzig Jahren nach dem Krieg und in der demokratischen Zeit davor zu tun hat, was etwas zu tun hat mit den Errungenschaften der Sozialstaatlichkeit und der Arbeiterbewegung. Wir sollten miteinander erkennen, daß die Entwicklungen in diesem Bereich weit über diesen Sektor des Arbeitsmarktes hinausreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich schließen mit einem fast leidenschaftlichen Plädoyer für eine Fortführung unserer Konsensbemühungen. Diejenigen, die postulieren, man solle viel mehr Dinge im Konflikt lösen, scheinen mir ein bißchen nach dem Motto zu verfahren, daß man schon sehen werde, wie man das Porzellan wieder kittet. Wenn es erst einmal aus dem Schrank geworfen wäre, dann wäre man schon ein ganzes Stück weiter. Zugegeben, es klappert. Zugegeben, es bewegt sich was. Aber ob sich das wieder zu einem vernünftigen Ganzen fügt, das funktioniert, das sehe ich auf diesem Weg so ohne weiteres nicht.

Deshalb lassen Sie uns aufbauen und anknüpfen an das, was wir an konsensualen Verfahrensweisen und Vorgehensweisen in den fünf Jahrzehnten Bundesrepublik Deutschland miteinander entwickelt haben. Ich bin sicher, daß wir die Kraft haben, miteinander das Notwendige zu verändern, was verändert werden muß. Und wenn ich meinen Alltag betrachte, gerade wieder in den letzten zwei Tagen, wo es um die Sicherung von zwei Unternehmen in diesem Land Rheinland-Pfalz ging und die Bereitschaft auch auf und gerade auf der Arbeitnehmerseite, auf unendlich viel an Errungenschaften – im übrigen auch auf viel Geld – zu verzichten, dann glaube ich, die Grundbereitschaft für ein solches Aufeinanderzugehen ist vorhanden. Wir sollten sie durch leichtfertige Reden nicht in Frage stellen.

In diesem Sinne: Viel Erfolg für Ihre Beratungen. Weil ich mir dessen sicher bin, wünsche ich auch, daß solche Überlegungen, wie Sie sie hier anstellen, zur positiven Entwicklung unseres Gemeinwesens beitragen können. Herzlichen Dank noch einmal an Sie alle, daß Sie hierher nach Rheinland-Pfalz gekommen sind und herzlichen Dank noch einmal Ihnen, Herr Dr. *Theisen*, dafür, daß Sie in dieser unermüdlichen Weise gemeinsam mit Ihren Mitstreiterinnen und Mitstreitern diese BITBURGER GESPRÄCHE so lebendig und aktuell erhalten. Eine gute Tagung!